



Bericht und Beschlussempfehlung

des Sozialausschusses

Maßnahmen der ambulanten Schmerztherapie in der Fläche absichern

Antrag der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 18/4324

Der Sozialausschuss hat den Antrag, der ihm durch Plenarbeschluss vom 23. September 2016 überwiesen worden war, in zwei Sitzungen, zuletzt am 16. März 2017, beraten.

Er empfiehlt dem Landtag einstimmig, den Antrag in der nachstehenden Fassung anzunehmen:

„Im Februar 2016 haben sich die Kassenärztliche Vereinigung Schleswig-Holstein und die Krankenkassen auf ein Konzept zur Sicherung der ambulanten Versorgung von Schmerzpatienten geeinigt.

Der Schleswig-Holsteinische Landtag

- begrüßt diese Einigung als bundesweit vorbildliches Zeichen,
- unterstützt die Ergänzung des Bedarfsplans, der den Erhalt der Schmerztherapie als wichtiges medizinisches Versorgungsziel definiert,
- unterstreicht die Bedeutung der Vereinbarung, nach der alle für die spezielle Schmerztherapie vorhandenen Arztsitze zu erhalten sind, um ein Ausdünnen der qualitätsgesicherten schmerztherapeutischen Versorgungslandschaft zu verhindern, und

- begrüßt, dass künftig mehr Ärzte eine Weiterbildung in spezieller Schmerztherapie absolvieren, um an der Schmerztherapie-Vereinbarung teilnehmen zu können.

Darüber hinaus bittet der Landtag die Landesregierung, weitere Gespräche mit der Kassenärztlichen Vereinigung Schleswig-Holstein, der Krankenhausgesellschaft Schleswig-Holstein und den Krankenkassen aufzunehmen, um eine angemessene Lösung für die Versorgung von Patientinnen und Patienten mit Maßnahmen der ambulanten Schmerztherapie in der Fläche zu finden.“

Peter Eichstädt
Vorsitzender